

AKTUELL

Budget gequetscht?
Die EU hat weniger
Geld als geplant für
Klimamaßnahmen
ausgegeben.



FOTO: CC-BY IMAGES MONEYFLICKR

EU-KLIMAFINANZEN

Weniger ausgegeben

Joël Adami

In der Europäischen Union wurde weniger Geld für den Klimaschutz ausgegeben, als man sich vorgenommen hatte. Das berichtete der Europäische Rechnungshof.

Am Montag, dem 30. Mai, präsentierte der Europäische Rechnungshof seinen Bericht über die Klimafinanzien der Europäischen Union. Eigentlich wollte die EU im Zeitraum 2014-2020 mindestens 20 Prozent des Budgets für den Klimaschutz ausgeben. Das ist jedoch nicht passiert, wie der Rechnungshof in seinem Bericht festgehalten hat. Um mindestens 72 Milliarden Euro wurde das Klimabudget der EU künstlich aufgeblasen, ohne dass dieses Geld für den Klimaschutz ausgegeben wurde.

Verantwortlich für den Bericht war die frühere DP-Abgeordnete Joëlle Elvinger, die bei der Vorstellung des Berichts betonte, dass das Reporting über die Klimaausgaben unzuverlässig sei. „Wir haben festgestellt, dass nicht alle im Rahmen des EU-Haushalts für den Zeitraum 2014-2020 gemeldeten Klimaausgaben tatsächlich klimarelevant sind. Daher geben wir mehrere Empfehlungen ab, um die Ausgaben der EU enger mit ihren Klima- und Energiezielen zu verknüpfen. Wir empfehlen der Kommission zum Beispiel, die Klimarelevanz der Agrarfinanzierung zu begründen“, so Elvinger.

Gerade im Agrarbereich seien die Summen, die als Klimaausgaben verbucht wurden, oft nicht relevant für die Bekämpfung der Klimakrise gewesen. Die Kommission habe diese Summen überschätzt. 80 Prozent der nicht getätigten Ausgaben stünden in Verbindung mit der Agrarpolitik. Der Rechnungshof monierte außerdem, dass die Hälfte der EU-Klimaausgaben

auf die Landwirtschaft entfallen sind, es allerdings überhaupt keine Emissionsreduktion in dem Sektor gab.

„Greening“ hilft dem Klima nicht

Im Gegenteil zeigen manche Berechnungen, dass ohne EU-Direktzahlungen der Treibhausgasausstoß der Landwirtschaft zwischen 2,5 und 4,2 Prozent niedriger gewesen wäre. Der Einfluss der sogenannten „Greening“-Maßnahmen - die die Landwirtschaft umweltverträglicher machen sollen - auf das Klima sei vermutlich sehr gering, heißt es im Bericht des Rechnungshofes. Auch die Ausgaben in den Bereichen Infrastruktur und Kohäsion hat die Kommission dem Rechnungshof zufolge überschätzt. Dies besonders in den Bereichen Schienentransport, Stromerzeugung und Biomasse.

Für die Budgetperiode 2021-2027 hat die Kommission versprochen, sogar 30 Prozent der Ausgaben für das Klima bereitzuhalten. Der Rechnungshof befürchtet, dass dieses Ziel ein weiteres Mal verfehlt wird. Er fordert die Kommission auf, die Agrarpolitik stärker auf eine wissenschaftliche Grundlage zu setzen. Ansonsten drohen die Ausgaben ihr Ziel ein weiteres Mal zu verfehlen. Außerdem empfehlen die Budgetprüfer*innen, EU-Ausgaben „mit potenziell negativen Klimaauswirkungen“ zu identifizieren und Leitlinien herauszugeben, mit denen die Konsistenz der Berichterstattung über die Ausgaben gewahrt werden kann. Zudem sei es nötig, genau über die noch nicht getätigten Ausgaben Buch zu führen, sodass die versprochenen Beträge auch wirklich für Klimamaßnahmen ausgegeben würden.

SHORT NEWS

Socfin : les profits explosent, la répression continue

(rg) - Nous avons régulièrement fait état des assemblées générales de Socfin (dont le capital est détenu à 40 % par le groupe français Bolloré), qui a son siège à Luxembourg. Cette année, les assemblées de ses deux entités se sont tenues en ligne, ce qui n'empêche pas la société civile de rappeler leurs activités à travers le monde. « De la Sierra Leone au Nigeria, en passant par le Cameroun, la Guinée et la Côte d'Ivoire, les communautés vivant à proximité des plantations industrielles d'huile de palme et de caoutchouc de Socfin se battent pour leurs droits et contre la répression », nous dit un communiqué d'une douzaine d'ONG internationales. « Les bénéficiaires de Socfin ont explosé en 2021 pour atteindre 80,4 millions d'euros, son chiffre le plus élevé depuis 2014. Ces profits importants devraient perdurer en 2022, la guerre en Ukraine ayant réduit l'approvisionnement en huile de tournesol et augmenté la demande mondiale et le prix de l'huile de palme », poursuit le communiqué. Pour encore augmenter ses profits, Socfin essaierait de faire reconnaître ses plantations comme « durables », alors que de nombreux conflits fonciers restent ouverts. Des communautés locales du Cameroun, qui remettent en question la certification accordée à une filiale de Socfin, font état d'au moins deux cas d'intimidations lors d'un audit. En Côte d'Ivoire, l'Association des villages déplacés a exprimé publiquement son opposition à la certification d'une filiale en raison de problèmes fonciers non résolus. Au Nigeria a eu lieu une manifestation pacifique pour protester contre la percée d'une énorme tranchée entre un village et une plantation « pour empêcher les gens de voler les noix de palme, à hauteur », selon Socfin, « de 50 tonnes par mois ».

50 Jahre UN-Umweltpolitik

(ja) - Am 5. Juni jährt sich die erste Weltumweltkonferenz der Vereinten Nationen zum 50. Mal. Vom 5. bis 16. Juni 1972 trafen sich 1.200 Vertreter*innen aus 113 Staaten in Stockholm. Dies gilt als Beginn der internationalen Umweltpolitik. So wurde in Folge das UN-Umweltprogramm gegründet und etliche Abkommen zum Schutz der Umwelt und des Klimas unterzeichnet. Fünf Jahrzehnte später ist die Lage des Planeten jedoch immer noch dramatisch: Menschenrechtsexpert*innen der UN mahnen in einem Spezialbericht, dass größere Anstrengungen vonnöten sind. Ansonsten würde die Erde zu einer „Zone der Menschenopfer“. Seit Oktober 2021 gilt das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt als ein Menschenrecht. Dieses Recht in das Zentrum der Anstrengungen zu setzen, habe positive Auswirkungen: bessere Luftqualität, sauberes Wasser, gesunde Böden und nachhaltig produzierte Nahrungsmittel. 50 Jahre nach der ersten Konferenz ist Stockholm diese Woche wieder Zentrum der globalen Umweltpolitik: Auf der „Stockholm +50“-Konferenz sollen Maßnahmen beschlossen werden, um das Recht auf eine gesunde Umwelt für alle Menschen zu verwirklichen.

Katar-WM: schlechte Noten

(lm) - In weniger als sechs Monaten beginnt in Katar die Fußball-Weltmeisterschaft. Das Land ist mittlerweile bei westlichen Regierungen wieder sehr beliebt, soll es doch mittels Gaslieferungen helfen, den Konflikt mit Russland durchzustehen. Doch die Zivilgesellschaft hält an einer kritischen Sichtweise fest, wie zwei kürzlich veröffentlichte Berichte belegen. Mindestens 440 Millionen Dollar müssten für ein Entschädigungsprogramm zugunsten der Arbeitsmigrant*innen aufgebracht werden, so Amnesty International in einem offenen Brief an die Fifa. Sowohl der Weltfußballverband als auch der Golfstaat sind verpflichtet, Menschenrechtsverletzungen zu verhindern und gegebenenfalls zu entschädigen. Die Fifa habe bei der Vergabe der WM die Augen geschlossen und auch die von Katar akzeptierten Verbesserungen der Arbeitsgesetzgebung seien nur mangelhaft umgesetzt worden, so die NGO, die daran erinnert, dass die Fifa rund sechs Milliarden Dollar bei dem Turnier einnehmen wird. Carbon Market Watch seinerseits hinterfragt die Realität der Ankündigung, Katar organisiere die erste CO₂-neutrale WM. Zum einen habe Katar die Emissionen beim Bau der neuen Stadien unterbewertet. Zum anderen gebe es Zweifel an der Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit des Klimakompensations-Programms. Außerdem erwecke dies den falschen Eindruck, solche Megaevents könnten klimakompatibel sein.